

**Beschlüsse des
a.o. Landesparteitages,
16.02.2013, Altes Theater,
Magdeburg**

Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion

Neuregelung der Intelligenzrente

Die SPD setzt sich dafür ein, dass in das Bundestagswahlprogramm für die Bundestagswahl ein Passus aufgenommen wird, dass in der kommenden Legislaturperiode die Anerkennung der so genannten Intelligenzrente der DDR auch für Naturwissenschaftler ohne Ingenieur- Titel gesetzlich geregelt wird.

Begründung:

Neben der gesetzlichen Rentenversicherung, bestand in der DDR auch die Möglichkeit zum Abschließen einer Zusatzrente. Für die Angehörigen der so genannten Intelligenz, zu der vor allem Wissenschaftler und Hochschullehrer zählten, existierte als zusätzliches Zusatzversorgungssystem die „Intelligenzrente“. Das angestrebte Versorgungsziel war 60% des Bruttoverdienstes bis maximal 90% des Nettoverdienstes der 5 respektive 10 günstigsten Jahre. Diesen Systemen gehörten etwa vier Millionen Beschäftigte an. Zur Anerkennung dieser Zusatzrente benötigen die Betroffenen eine entsprechende Versorgungsurkunde. Im Jahre 1998 urteilte das Bundessozialgericht, dass auch Angehörige der technischen Intelligenz, die keine Versorgungsurkunde besäßen, einen Anspruch auf diese Zusatzversorgung hätten. Doch 2001 urteilte das gleiche Gericht, dass Diplom-Chemiker, Diplom-Physiker und andere Naturwissenschaftlicher keinen Anspruch hätten, da sie keinen Ingenieur- Titel besitzen. Ein Ingenieur- Titel in allen Wissenschaftsbereichen gab es zu DDR-Zeiten auch nicht.

Da das Bundesverfassungsgericht diese Rechtsauffassung bestätigt hat, liegt es nun bei der Politik diese Ungerechtigkeit zu beseitigen.

Weiterleitung an: Parteivorstand

Arbeits- und Gesundheitsschutz

Der SPD-Landesparteitag fordert den Parteivorstand auf, in Entwurf des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2013 das Thema: **Arbeits- und Gesundheitsschutz** mit folgenden unter Unterpunkten aufzunehmen:

- die Ermittlung psychischer Belastungen am Arbeitsplatz, Bewältigung von Mobbing, Suchtprävention, Entspannungs- und Bewegungsprogramme sowie Gefährdungsbeurteilungen als Aufgaben des betrieblichen Gesundheitsschutzes
- die Erhöhung der Zahl der Kontrollen, zur Einhaltung der gesetzlichen oder tariflichen Arbeitsschutzbestimmungen und die Verschärfung der Strafen bei Nichteinhaltung der Bestimmungen
- die Verknüpfung von betrieblichem Arbeits- und Gesundheitsschutz mit Personal- und Organisationsentwicklung durch Verschränkung der öffentlichen Förderprogramme der Länder, des Bundes und der Europäischen Union, auch für Kleinbetriebe
- eine rahmengesetzliche Regelung zur Aufnahme des betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutzes als Kriterium für die Vergabe öffentlicher Aufträge in kommunale Vergabesatzungen sowie in bundes- und landesrechtliche Regelungen

Begründung:

Arbeits- und Gesundheitsschutz ist kein Nischenthema mehr sondern relevant für die Arbeits- und Lebensbedingungen von Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Arbeitswelt ist auch Lebenswelt und die Verwirklichung humaner Arbeitsbedingungen gehört von je her zu den Kernforderungen der SPD. Die Zahl der psychischen Erkrankungen bei Arbeitnehmern/innen steigt seit Jahren an. Dies hat auch einen Grund. Die Zunahme psychischer Belastungen hat ihre Ursache auch in der Einführung ergebnisorientierter Arbeits- und Steuerungsformen in den Unternehmen und im öffentlichen Dienst (Projektarbeit, Zielvereinbarung usw.).

Weiterleitung an:

Politikwerkstatt auch in Regierungsverantwortung

Resolution:

Die SPD bleibt eine Mitmachpartei und Politikwerkstatt – auch und gerade in Regierungsbeteiligung. Konkretes Regierungshandeln, das aufgrund von äußeren Umständen von bisheriger SPD-Programmatik abweichen will oder muss, wird nur nach einem fundierten und intensiven Diskurs mit Partei und Öffentlichkeit umgesetzt, wenn dieser Diskurs die erforderlichen Mehrheiten erbringt.

Begründung:

Nach der verheerenden Wahniederlage 2009 ist „Basta“ das Unwort in der SPD geworden, steht es doch für eine Politik, die jenseits ausreichender Meinungsbildung innerhalb der Partei – und Gesellschaft – als dringend notwendiges Regierungshandeln durchgedrückt wurde.

Die SPD hat sich in den letzten Jahren an der Gewissheit aufgerichtet, dass so etwas in Zukunft nicht mehr passieren werde. Das war und ist das Versprechen der Parteireform, ein Versprechen an die Mitglieder genauso wie an die Bürgerinnen und Bürger.

Genau wie unsere Demokratie keine Schönwetterdemokratie ist und nur in guten Zeiten Bestand haben soll, darf die innerparteiliche Demokratie nicht nur in Oppositionszeiten gelten. Kanzlerwahlvereine tagen nicht in Politikwerkstätten – und das ist gut so!